-----

Landeshauptstadt Hannover - 18 F-

Datum 28.05.2013

#### **PROTOKOLL**

15. Sitzung des Gleichstellungsausschusses am Montag, 6. Mai 2013, Rathaus, Hodlersaal

Beginn 15.00 Uhr Ende 16.01 Uhr

### Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsfrau Markowis (Bündnis 90/Die Grünen)

Ratsfrau Fischer (SPD)

(Ratsfrau Arikoglu) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wurde vertreten durch Frau Kramarek

Ratsfrau Barnert (SPD) als Vertretung für Frau Pohler-Franke

Ratsherr Gill (SPD) Ratsfrau Jeschke (CDU)

Bürgermeisterin Kramarek (Bündnis 90/Die Grünen) als Vertretung für Frau Arikoglu

Ratsherr Küßner (CDU) Ratsherr Lorenz (CDU)

Ratsfrau Nolte-Vogt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ratsfrau Pluskota (SPD) als Vertretung für Herrn Römer (Ratsfrau Pohler-Franke) (SPD) wurde vertreten durch Frau Barnert

Ratsfrau Pollok-Jabbi (DIE LINKE.)

(Ratsherr Römer) (SPD) wurde vertreten durch Frau Pluskota

# **Beratende Mitglieder:**

(Frau Dr. Gubaydullina) Frau Krüger-Pöppelwiehe

Herr Moormann Frau Mücke-Bertram

Frau Prokisch

### **Grundmandat:**

(Ratsherr Böning) (DIE HANNOVERANER)

(Ratsfrau Bruns) (FDP) (Ratsherr Dr. Junghänel) (PIRATEN)

### Verwaltung:

Herr Bodemann Stadtbaurat

Herr Härke Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste

Frau Mentner Gesamtpersonalrat

Frau Müller Referat für Frauen und Gleichstellung

Frau Schwiertzky Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste Frau Siebert Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste Frau Volkmann Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste

Frau Dr. Vollmer-Schubert Referat für Frauen und Gleichstellung

# Tagesordnung:

	<del>i -</del>
1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 04. März 2013
3.	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
4.	Zwischenbericht: Sachstand Weiterentwicklung Familienpolitik (Informationsdrucks. Nr. 2616/2012 mit 1 Anlage)
5.	Aktionsplan der Landeshauptstadt Hannover gemäß EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (Drucks. Nr. 0513/2013 mit 1 Anlage)
6.	Dritter Bericht über die Maßnahmen der Stadtverwaltung Hannover zur Gleichstellung von Frauen und Männern sowie über die Ausstattung des Büros der Gleichstellungsbeauftragten nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) (Informationsdrucks. Nr. 0917/2013 mit 1 Anlage)
7.	Zweiter Controllingbericht zum Lokalen Integrationsplan der Landeshauptstadt Hannover (Informationsdrucks. Nr. 0527/2013 N1 mit 1 Anlage)
8.	"Auf dem Weg zur inklusiven Stadt" - Jahresbericht für das Jahr 2012 (Informationsdrucks. Nr. 0553/2013 mit 7 Anlagen)
9. 9.1.	Anfragen und Anträge Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer Resolution für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtlich Liebende (Drucks. Nr. 0225/2013)
9.2.	Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung Gender Budgeting (Drucks. Nr. 0410/2013)
9.2.1.	Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu Drucks. Nr. 0410/2013 (Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung Gender Budgeting) (Drucks. Nr. 0523/2013)
9.3.	Antrag der CDU-Fraktion zu einer Anhörung zum Thema "Gender Budgeting (Drucks. Nr. 0566/2013)

Verschiedenes

Bericht der Verwaltung

9.4.

10.

11.

12.

Antrag der FDP-Fraktion "Mehr Männer in Kitas" (Drucks. Nr. 0524/2013)

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

### **TOP 1.**

# Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

<u>Frau Markowis</u> eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Es wurden folgende Veränderungen zur Tagesordnung festgelegt: Herr Küßner zog die TOP's 9.1 und 9.2 in die Fraktion, weil zunächst die Anhörung stattfinden sollte.

<u>Herr Härke</u> wandte ein, dass beide Punkte bereits in der letzten Sitzung zurückgezogen wurden.

<u>Herr Lorenz</u> begründete dies damit, dass zunächst die Anhörung zu Gender Budgeting durchgeführt werden sollte.

Herr Härke sagte zu, dass die Anhörung möglichst umgehend durchgeführt werden soll.

Herr Lorenz begrüßte dies, jetzt gehe es um die Terminierung der Anhörung.

<u>Frau Markowis</u> sagte, dass davon ausgegangen werde, dass die Anhörung bereits im Juni stattfinde.

### TOP 2.

# Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 04. März 2013

Das Protokoll wurde mit drei Enthaltungen genehmigt.

### **TOP 3.**

# Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerinnen und Einwohner, die Fragen hatten.

### **TOP 4.**

# Zwischenbericht: Sachstand Weiterentwicklung Familienpolitik (Informationsdrucksache Nr. 2616/2012 mit 1 Anlage)

<u>Frau Markowis</u> regte an, die Drucksache formal zu behandeln, da Frau Kuhlmey heute nicht anwesend sein könne.

Frau Prokisch fragte zu Seite 3, an wen der Auftrag zur Auswertung der

Familienkonferenzen vergeben wurde und welche Kosten damit verbunden seien.

Die Beantwortung wurde mit dem Protokoll zugesagt:

[Der Auftrag ging an das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung in Hannover. Der Auftrag wurde ausgeschrieben. Es gab vier Bewerbungen. Der Kostenrahmen sind 19 000 € plus Mwst.]

Die Drucksache wurde zur Kenntnis genommen.

# **TOP 5.**

Aktionsplan der Landeshauptstadt Hannover gemäß-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

(Drucks. Nr. 0513/2013 mit 1 Anlage)

Frau Volkmann hatte bereits in der letzten Sitzung Erläuterungen zur Drucksache gegeben

und stand für weitere Fragen zur Verfügung.

<u>Frau Fischer</u> dankte für diesen übersichtlichen und gut nachvollziehbaren Bericht. Sie bedauerte, dass lediglich die zuständigen Fachbereiche und keine direkten Person für Nachfragen benannt wurden.

<u>Frau Volkmann</u> sagte, dass diese wegen möglicher Veränderungen nicht erwähnt wurden. Selbstverständlich habe es in den Fachbereichen konkrete Ansprechpartner gegeben.

<u>Frau Nolte-Vogt</u> fragte wer den Umsetzungsprozess der Maßnahmen begleite. Auf S.14 sei beispielsweise benannt, dass es bei dem Bildungsangebot in Ganztagsschulen getrennt geschlechtliche Angebote gebe, ob dies Kochen für Mädchen und Technik für Jungen sei. Dies sei nicht das, was der Gleichstellungsausschuss wünsche.

<u>Frau Volkmann</u> informierte, dass es unter Ziffer 1.2 um den Abbau von Stereotypen gehe und die Geschlechterrollen aufgebrochen werden sollen. Auf die Wünsche der Kinder und Eltern soll eingegangen werden. Es solle Kochkurse für Jungen oder gemischte Kurse geben. Die Zielsetzung sei durch die Schulen und Bildungsträger konzipiert. Das Controlling erfolge durch den Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste.

Als "kleines Controlling" sei ein zeitnaher Bericht zum Sachstand geplant. Ein "großes" Controlling im Jahr 2015. Es soll Fragebögen geben, um in ca. einem Jahr über die Umsetzung berichten zu können.

<u>Frau Prokisch</u> bezog sich auf Seite 8 und fragte, ob das Ziel statt Bewusstseinsbildung besser "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" lauten müsste.

<u>Frau Dr. Vollmer-Schubert</u> antwortete, dass zunächst das Bewusstsein geschaffen werden müsse, es sei ein langer Weg und ein anspruchsvolles Ziel.

Der Antrag wurde mit 8:3 Stimmen beschlossen.

### **TOP 6.**

Dritter Bericht über die Maßnahmen der Stadtverwaltung Hannover zur Gleichstellung von Frauen und Männern sowie über die Ausstattung des Büros der Gleichstellungsbeauftragten nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) (Informationsdrucksache Nr. 0917/2013 mit 1 Anlage)

<u>Frau Dr. Vollmer-Schubert</u> dankte für diesen umfassenden Bericht.

Frau Nolte-Vogt lobte den Bericht ebenfalls und dankte für die Zusammenstellung der Maßnahmen. Dies sei der umfassendste Bericht der letzten 1,5 Jahre. Sie fragte zu den Zahlen auf Seite 3 oben zum sinkenden Frauenanteil am Beschäftigungsvolumen in E10 bis E12, ob dies mit der Führungskräfteentwicklung zusammenhänge.

Zur Tabelle Seite 3 unten lobte sie die Aufzeichnung der Entwicklung in den höheren Positionen seit 2006.

<u>Frau Schwiertzky</u> erläuterte, dass dies eine logische Entwicklung des ehemaligen gehobenen Dienstes sei und die Frauen seit Jahren in die höheren Positionen hineinwachsen.

Die Zahl der Beschäftigten sei insgesamt geringer in den Entgelt- und Besoldungsgruppen E10/A11 bis E12/A13 und mittel- bis langfristig werden die Gleichstellungserfolge sichtbar.

<u>Frau Prokisch</u> bezog sich auf die Tabelle Seite 3 und fragte wo die S-Tarife wiederzufinden seien. Zu Seite 11 sei sie irritiert über die Definition des Begriffs "Familie", dass dies die Verantwortung für andere Personen umfasse.

<u>Frau Fischer</u> schloss sich dem Dank an und fragte zur Qualifizierung der 60 Bewerberinnen und Bewerber als Assistenz, Vorzimmer- und Sekretariatskraft (S.8) und weshalb 15 Frauen, aber kein Mann ausgewählt wurde.

Eine weitere Anmerkung gab es zum Stadt-Hannover-Preis (Seite 20 und 27 der Drucksache). Nicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf habe im Vordergrund gestanden, sondern der Erfolg und die Vorbildfunktion der Frauen.

<u>Frau Schwiertzky</u> erläutere, dass die S-Tarife auf Seite 2 gesondert ausgewiesen wurden und in der Tabelle nicht enthalten seien, da diese gemäß der Novellierung des Gesetzes gesondert darzustellen seien. Es gab 826 Vollzeitstellen, von denen 632 mit Frauen besetzt waren,. Der Frauenanteil betrug 76 %.

Wegen des Familienbegriffs verwies sie wegen der Historie an Frau Dr. Vollmer-Schubert.

<u>Frau Dr. Vollmer-Schubert</u> erläuterte, dass bereits bei der Erstellung der Gleichstellungsrichtlinien ein erweiterter Begriff gewählt wurde, der nicht nur eigene Kinder oder Eltern umfasst. Man habe damals lange diskutiert um auch die familiären Aufgaben z.B. gleichgeschlechtlicher Paare zu berücksichtigen. Die Verantwortung umfasse die sorgenden Aufgaben für nahe Angehörige.

<u>Frau Schwiertzky</u> bestätigte, dass bei der Qualifizierungsmaßnahme Auswahlverfahren mit Bestenauslese durchgeführt wurden. Sie werde nachfragen, weshalb keine Männer ausgewählt wurden und dies mit dem Protokoll mitteilen:

[Es haben sich neun Männer für die Teilnahme an der Qualifizierung beworben. Davon wurden drei zum schriftlichen Test eingeladen. Die übrigen Bewerber hatten größtenteils, ebenso wie viele Bewerberinnen, keine ausreichenden Deutschkenntnisse. Im Rahmen der Qualifizierung werden zwar Deutschkenntnisse vermittelt, allerdings nur in einem beschränkten Rahmen. Ein Mann hat seine Bewerbung zuvor zurückgezogen. Von den drei zum Test eingeladenen Bewerbern hat nur einer den Test erfolgreich absolviert und wurde zur Teilnahme an der Qualifizierung eingeladen. Dieser hat jedoch kurz vor Beginn der Maßnahme für ein anderes Stellenangebot seine Bewerbung zurückgezogen, sodass eine Frau auf seinen Platz nachgerückt ist.]

<u>Frau Nolte-Vogt</u> bezog sich auf den Ausblick und die allgemeine Personalentwicklung (S.7 Ziffer 3.1.2.1) in den vorausgegangen Jahren und die Schlüsselfunktionen auf Seite 8 oben.

<u>Frau Schwiertzky</u> erläuterte die Maßnahmen der Führungskräfteentwicklung, wo Voraussetzung sei, dass man bereits eine Führungsposition inne habe, z.B. als Sachgebietsleitung.

Der Nachwuchsförderkreis sei eine Weiterentwicklung für potentielle Bewerberinnen und Bewerber für künftige Führungspositionen.

Die Qualifizierung in A14/E13 sei eine Personalentwicklungsmaßnahme mit eigentlich paritätischer Besetzung unabhängig von konkreten Stellenbesetzungen z.B. bei der Feuerwehr mit einer Qualifizierung zur Beförderung.

Frau Pollok-Jabbi lobte die Verwaltung für den vorbildlichen Frauenanteil von 55,6 %. Zu Ziffer 3 auf Seite 4 sei noch nicht deutlich geworden, was bei Personal und Organisation als Strategie zur Personalplanung und Unternehmenskultur zu verstehen sei, z.B. veränderte Hierarchien? Zur Betrieblichen Gesundheitsförderung stelle sich die Frage, ob diese wegen Arbeitsverdichtung und damit verbundener Belastung angeboten werde. Zu Seite 13 bedauerte sie, dass der Männeranteil in Elternzeit gesunken sei.

Sie fragte, in welchen Fachbereichen die Teilzeitausbildung durch SINA (vgl. S. 9) erfolgte.

<u>Frau Schwiertzky</u> bezog sich auf die unter Ziffer 3 genannte Unternehmenskultur. Der demografische Wandel erfordere eine strategische Auseinandersetzung, z.B. in Arbeitsgruppen zur Attraktivität als Arbeitgeberin.

Man müsse dem Wandel mittelfristig positiv begegnen. Im Personal- und Organisationsbericht sowie Gleichstellungsplan wurde benannt, dass der Fachkräftemangel noch nicht akut sei. Dennoch seien mittelfristige Strategien zur Unternehmenskultur bzw. Leitbild zu entwickeln und Vielfältigkeit als Stärke zu betrachten. Diversity und Wertschätzung seien besondere Themenfelder. Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie ein wertschätzendes Miteinander gegenüber diversen Lebensmodellen verbessere die Zusammenarbeit. Vielfalt sei positiv.

Betriebliche Gesundheit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei wichtig, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Zum Thema Beruf und Pflege und daraus resultierenden Belastungen soll in Kürze mit der nächsten Gehaltsabrechnung eine Befragung erfolgen.

Es gebe z.B. einen Leitfaden zur psychischen Belastung.

Die Frage zu den geringeren Zahlen von Männer in Elternzeit könne ebenfalls mit dem demografischen Wandel beantwortet werden. Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter nehme ab, das Durchschnittsalter der Beschäftigten liege bei 46 Jahren, somit nehme auch die Zahl der Beschäftigten in Elternzeit ab.

Die Fachbereiche, in denen ein Ausbildung durch SINA erfolge werden mit dem Protokoll benannt:

[Die 16 Frauen waren seit 2005 in unterschiedlichen Fachbereichen eingesetzt, im Berichtszeitraum 2010-2012 erfolgte die Ausbildung im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst im Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste sowie als technische Zeichnerin im Fachbereich Gebäudemanagement. Aktuell gibt es für die Verwaltung keine geeigneten Personen und für andere Bereiche keine Nachfrage. Das Ausbildungsangebot werde auf jeden Fall fortgesetzt.]

<u>Frau Prokisch</u> fragte zu Seite 12 weshalb bei Stellenausschreibungen auf den Hinweis zur Teilzeiteignung verzichtet werde und ob sich dies nur auf interne oder auch auf externe Ausschreibungen beziehe.

<u>Frau Schwiertzky</u> antwortete, dass jeweils eine Bestenauslese erfolge, es werde dazu ein Konzept erarbeitet. Unter Teilzeit werde oftmals eine Halbtagstätigkeit verstanden. Erst nach der Personalauswahl soll über die Arbeitszeit gesprochen werden. Bei einem verbleibenden Stellenanteil sollen innerhalb der Organisationseinheit evtl. Anteile zusammengefasst werden. Geprüft werde ebenfalls das mobile Arbeiten von Zuhause, z.B. 5 Stunden als Teleheimarbeit.

<u>Frau Dr. Vollmer-Schubert</u> ergänzte, dass alle Stellen als Vollzeitstellen ausgeschrieben werden sollen und alles ermöglicht werde, um Teilzeit zu realisieren.

Frau Pollok-Jabbi fragte, ob es bereits anonyme Bewerbungsverfahren gegeben habe.

<u>Herr Bodemann</u> bestätigte, dass seit Anfang 2013 das anonyme Verfahren eingeführt worden sei, im Fachbereich Planen und Stadtentwicklung habe es bisher kein anonymes Stellenbesetzungsverfahren gegeben.

[Anmerkung: Im Gebäudemanagement findet gerade das dritte anonyme Verfahren statt.]

<u>Frau Nolte-Vogt</u> fragte zu Seite 12 wie die Pausenregelung nach sechs Stunden bei Teilzeitkräften flexibilisiert wurde.

<u>Frau Schwiertzky</u> antwortete, dass bei der Teilzeitkonferenz deutlich wurde, dass Mitarbeiterinnen, die 2 Minuten länger als 6 Stunden arbeiteten, sich eine Pause von 30 Minuten abziehen mussten, die nicht genommen wurde. Dazu habe es ein Personalrundschreiben gegeben. Bei wenigen Minuten Arbeitszeitüberschreitung sei dies kein Problem. Aus Gründen der Fürsorgepflicht müsse man beachten, dass die 6,5 Stunden oder 7 Stunden ohne Pause keine Dauerregelung sein sollten.

Die Drucksache wurde zur Kenntnis genommen.

### **TOP 7.**

# Zweiter Controllingbericht zum Lokalen Integrationsplan der Landeshauptstadt Hannover

# (Informationsdrucksache Nr. 0527/2013 N1 mit 1 Anlage)

<u>Frau Fischer</u> informierte, dass diese Drucksache bereits in mehreren Ausschüssen war sowie in der aktuellen Stunde des Rates. Sie dankte für diesen Bericht.

Das Ganze sei ein erfolgreicher und transparenter Prozess mit vielen Handlungsansätzen.

Besonders zu begrüßen sei, dass die Ansprechpartner benannt würden.

Eine Verständnisfrage gebe es zu Seite 53, Ziffer 3.1.4 "Frauen verbinden Welten".

<u>Frau Dr. Vollmer-Schubert</u> erläuterte, dass das Netzwerk längere Zeit zusammengearbeitet habe und es vorrangig um die Anerkennung von Abschlüssen von Zugewanderten ging. Der Arbeitskreis habe sich mittlerweile aufgelöst. Es sei eine Arbeitsgruppe gewesen, die sich mit bestimmten Themen beschäftigt habe und Lösungen gesucht habe.

Die Drucksache wurde zur Kenntnis genommen

### **TOP 8.**

"Auf dem Weg zur inklusiven Stadt" - Jahresbericht für das Jahr 2012 (Informationsdrucksache Nr. 0553/2013 mit 7 Anlagen)

<u>Frau Nolte-Vogt</u> dankte für diesen Bericht, sie merkte an, dass nicht durchgängig die gendergerechte Sprache verwendet wurde, z.B. auf den Seiten 54 bis 59.

Die Drucksache wurde zur Kenntnis genommen

### **TOP 9.**

Anfragen und Anträge

### **TOP 9.1.**

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer Resolution für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtlich Liebende (Drucks. Nr. 0225/2013)

Herr Moormann stellte den Antrag vor und berichtete, dass in Deutschland das Lebenspartnerschaftsgesetz bereits seit 12 Jahren in Kraft sei und es verschiedene Gerichtsverfahren beim Verfassungsgericht gab, in denen festgestellt wurde, dass eine Gleichstellung in unterschiedlichen Rechtsgebieten zugebilligt wurde, um Benachteiligungen zu vermeiden. Das Eheprivileg sei somit aufzuheben.

Es sei einer Demokratie unwürdig gleichgeschlechtlich Liebende als Menschen 2. Klasse zu behandeln und Klagen durch alle Instanzen abzuwarten. Die Politik müsse sich der Realität stellen und Ehe und Lebenspartnerschaften gleichstellen, bevor es noch mehr Prozesse gebe.

Hannover sei die erste Großstadt bei der Umsetzung der eingetragenen Lebenspartnerschaften gewesen, deshalb wäre es gut die erste Großstadt zu sein, die sich konsequent für die Öffnung der Ehe und Abschaffung des Lebenspartnerschaftsgesetzes einsetzt.

<u>Frau Pollok-Jabbi</u> wunderte sich über diesen Antrag und die Resolution.

Er passe zum aktuellen Wahlkampf auf Bundesebene.

Das Verfahren sei fragwürdig.

Es sei bedauerlich, dass es nur ein rot-grüner Antrag sei und nicht interfraktionell.

Es würde sie freuen, wenn Hannover den Antrag auf Bundesebene unterstütze.

Der Antrag wurde mit 8:3 Stimmen beschlossen.

### **TOP 9.2.**

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung Gender Budgeting

(Drucks. Nr. 0410/2013)

Dieser TOP wurde auf Wunsch der CDU in die Fraktion gezogen.

### **TOP 9.2.1.**

Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu Drucks. Nr. 0410/2013 (Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung Gender Budgeting)

(Drucks. Nr. 0523/2013)

Dieser TOP wurde auf Wunsch der CDU in die Fraktion gezogen.

### **TOP 9.3.**

# Antrag der CDU-Fraktion zu einer Anhörung zum Thema "Gender Budgeting" (Drucks. Nr. 0566/2013)

Frau Nolte-Vogt regte an, dass statt aus Münster eine Expertin aus München kommen solle.

<u>Frau Dr. Vollmer-Schubert</u> informierte, dass bereits Zusagen aus Wien und Freiburg vorliegen und da niemand aus Münster kommen könne, wurde eine Expertin aus München angefragt, so dass die beabsichtigte Anhörung in der nächsten Sitzung am 3.6. stattfinden könne.

Die Anhörung wurde einstimmig beschlossen.

### **TOP 9.4.**

Antrag der FDP-Fraktion "Mehr Männer in Kitas" (Drucks. Nr. 0524/2013)

Der Antrag wurde mit 4 Enthaltungen abgelehnt.

### **TOP 10.**

### Bericht der Verwaltung

Herr Härke hatte zusätzlich zu dem Gleichstellungsbericht nichts zu berichten.

### **TOP 11.**

# Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

<u>Frau Dr. Vollmer-Schubert</u> berichtete, dass für den Fachtag Mädchenarbeit 99 Anmeldungen vorlagen und noch mehr Interesse bestand. Nach 17.00 Uhr seien noch mehr als 90 Personen bei der Veranstaltung gewesen.

Zum Thema "Informative Mittagspause zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege" liegen ebenfalls viele Anmeldungen vor. Diese große Resonanz zeige, dass viele Beschäftigte psychischen Belastungen ausgesetzt seien und man Konzepte entwickeln müsse, wie persönlich damit umgegangen werden kann. Es seien zwei weitere Veranstaltungen geplant. Mit dem Fachbereich Senioren ginge es darum Netzwerke zu bilden und sich auszutauschen.

Es sei eine gute Veranstaltungsreihe, an der auch in Zukunft gearbeitet werden müsse.

Über Vatertag gebe es auch in diesem Jahr die Väterfreizeit "Vatertagsspecial" in Kirchheim mit bewährtem Programm. Die Freizeit sei ausgebucht und erstmals nehmen auch Männer aus anderen Betrieben teil.

### **TOP 12.**

### Verschiedenes

<u>Frau Dr. Vollmer-Schubert</u> wies auf die Veranstaltung "Körper, Lust und Liebe" im September hin, zu der erst wenige Anmeldungen vorliegen.

<u>Frau Mücke-Bertram</u> bezog sich auf die Einladung zur Eröffnung des Schlosses und wunderte sich über Nachfrage, ob man mit "Fahrer" käme. Dazu stelle sich die Frage, ob es auch Fahrerinnen gebe.

Herr Härke regte an, dass künftig beide Bezeichnungen verwendet werden sollten.

Frau Markowis schloss die Sitzung um 16.01 Uhr.

Harald Härke Leiter des Fachbereichs Steuerung, Personal und Zentrale Dienste Gundula Müller (18 F) für das Protokoll